

PRESSEMELDUNG

Frauengesundheit – (k)ein Thema trotz 40 Jahre CEDAW? Migrantinnenrechte und Mehrfachdiskriminierung in der Gesundheitspolitik

Berlin, 22.10.2021. Die Gesundheit von vielen Migrantinnen und geflüchteten Frauen in Deutschland steht auf dem Spiel! DaMigra e. V., der Dachverband der Migrantinnenorganisationen lud daher heute zu ihrer **Jahreskonferenz 2021** mit dem Thema **„Frauengesundheit – (k)ein Thema trotz 40 Jahre CEDAW? Migrantinnenrechte und Mehrfachdiskriminierung in der Gesundheitspolitik“** ein. Zu Gast waren Geladene aus Politik, Medien und Zivilgesellschaft.

Dass Gesundheit ein hohes Gut ist, mit dem auch in Deutschland Millionen erwirtschaftet werden, ist uns spätestens seit der Corona-Pandemie bekannt. Dass es aber Zugangsbarrieren in Deutschland gibt, die besonders migrierten und geflüchteten Frauen das Recht auf eine Gesundheitsversorgung verwehren, weniger. Rassismen und Sexismen im Gesundheitssystem hindern Frauen daran, einen umfänglichen Gesundheitsschutz zu erhalten. Darunter leiden nicht nur jene, die gesundheitlich versorgt werden, sondern auch diejenigen, die im Gesundheitssektor selbst arbeiten. Die Pandemie zeigte nämlich eines besonders deutlich:

„Die Systemrelevanz der im Gesundheitswesen arbeitenden Frauen spiegelt sich eben nicht durch fairen Lohn oder bessere Arbeitsbedingungen wider. Im Gegenteil: Feminisierte Berufe werde abgewertet und die Tätigkeit der Pflege als „naturegegeben“ betrachtet.“, Kook Nam Cho-Ruwwe, *Vorstandsvorsitzende von DaMigra*

Mit der Ratifizierung der UN-Frauenrechtskonvention CEDAW vor 40 Jahren wurde ein Meilenstein für die Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Diskriminierung von Frauen gelegt.

Sie „(...) ist ein Motor für mehr Geschlechtergerechtigkeit in Deutschland. Als wichtigster internationaler Vertrag über die Menschenrechte von Frauen verpflichtet CEDAW Deutschland zur rechtlichen und faktischen Gleichstellung von Frauen in allen Lebensbereichen. Gesetzgebung, Regierung, Verwaltung und Gerichte dürfen nicht gegen CEDAW verstoßen. Deutschland ist auch verpflichtet, aktiv eine faktische Chancengleichheit aller Frauen in der Gesellschaft zu erreichen und jegliche Form der Diskriminierung von Frauen durch Unternehmen und Privatpersonen zu beseitigen.“, so **Prof. Dr. Maria Wersig, Präsidentin djb**

Für eine tatsächliche Gestaltung der Geschlechtergerechtigkeit brauchen wir aber Zahlen und Statistiken zu Diskriminierungen. Trotz einiger Bekundungen der Länder sowie der Bundesregierung ressortübergreifend zu arbeiten, werden Diskriminierungen häufig immer noch separat betrachtet. Intersektionale Maßnahmen, die die Gleichzeitigkeit von Diskriminierungen bekämpfen, fehlen noch heute. Das führt zur Doppel- und Mehrfachbelastung insbesondere migrierter und geflüchteter Frauen, die überdurchschnittlich stark im Pflegesektor tätig, sind.

„Die ungerechte Lohn- und Absicherungslücke zwischen den Geschlechtern wird durch den migrant pay gap verstärkt. Um den hohen Bedarf an Pflegepersonal zu decken und die Zukunft geschlechter- und diversitätsgerecht zu gestalten sind globale Perspektiven und



intersektionale Ansätze notwendig sowie hohe Investitionen in Bildung und Gesundheitsversorgung.“, bekräftigt **Prof. Dr. Theda Borde**, Professorin für Sozialmedizinische/ medizinsoziologische Grundlagen der Sozialen Arbeit, Public Health an der Alice Salomon Hochschule

Wenn Sie Interesse an der Pressemappe zur Konferenz haben, schreiben Sie bitte an presse@damigra.de.